

weiter unter diesem Namen firmiert. Die von der „Caritas“ gegründeten „Priesterzirkel“ oder Organisationen „patriotischer Priester“ waren in der stalinistischen Zeit als Hebel bei den Versuchen zur Spaltung und Aufweichung der Kirche benutzt worden. In einem kürzlich von der Bischofskonferenz herausgegebenen Rundschreiben an die Geistlichkeit erneuerten die Bischöfe ihr für alle Priester geltendes Verbot, sich ohne spezielle bischöfliche Genehmigung in irgendeiner Weise an der Arbeit der „Caritas“ oder an dem von dieser Organisation gegründeten *Rentenfonds für Priester* zu beteiligen. Diese beiden Institutionen sollten die Geistlichkeit spalten und sie materiell von außerkirchlichen Faktoren abhängig machen. Die Sorge für die Priester bei Alter und Krankheit sei allein Sache der Bischöfe. Der Rentenfonds sei also eine Einmischung in die Rechte und Pflichten des Episkopats.

Öffentlich hält die Kirche sich gegenüber den *verschiedenen Gruppen oppositioneller Intellektueller* in Polen weiterhin zurück, ist aber für die Opposition dank ihrer Unabhängigkeit von der Partei ein wichtiger Kristallisationspunkt. Keinen Hehl macht die Kirche aus ihrer Sympathie für die „*Gesellschaft für wissenschaftliche Kurse*“, deren Mitglieder zeitgeschichtliche Kurse in Privatwohnungen veranstalten. Dafür erhielten einige Wohnungsbesitzer Geldstrafen wegen illegaler Versammlungen. In dem Kommuniqué über die 162. Bischofskonferenz vom 8. und 9. März heißt es unmißverständlich: „Die Kirche wird solche Initiativen unterstützen, die darauf abzielen, auf authentische Weise die Kultur, die Schöpfungen des menschlichen Geistes und die Geschichte der Nation aufzuzeigen, denn die Nation hat ein Recht auf objektive Wahrheit über sich selbst.“ Am 21. Mai wurde in allen Kirchen Polens ein Hirtenbrief mit einem Appell zur Pflege und Erhaltung der nationalen, christlich geprägten Kultur verlesen.

Trotz aller Auseinandersetzungen ist das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in Polen aber noch immer viel besser als in den sechziger Jahren zur

Zeit des damaligen Parteichefs Władysław Gomułka. Es besteht ein direkter, ständiger Kontakt zwischen dem Sekretär des Episkopats, Bischof *Dabrowski*, und der Regierung, die sich angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten keine ernsthaften Auseinandersetzungen mit der Kirche leisten kann und will. Die politische

Führung hätte vermutlich auch nichts dagegen einzuwenden, wenn Primas Kardinal Wyszyński mit dem *Friedensnobelpreis* ausgezeichnet würde. Ein entsprechender Antrag der katholischen Universität in Lublin an das norwegische Parlament konnte jedenfalls ohne Beanstandungen der Zensur veröffentlicht werden. R. M.

Maltas sozialistische Kirchenpolitik mündet im Kulturkampf

Für die unter *Dom Mintoff* sozialistisch regierte Inselrepublik Malta zeichnet sich schon jetzt auf den Stichtag des 31. März 1979 ihre Herauslösung aus der freien europäischen Gemeinschaft ab. Nachdem das Regime der seit den letzten Parlamentswahlen von 1976 nur noch mit knapper (41:39) Mehrheit regierenden „Malta Labour Party“ schon jetzt geradezu *volksdemokratische Züge* von Unterdrückung und Terrorisierung der nationalen und liberalen Opposition, Einschränkung der Pressefreiheit und Behinderung ausländischer Beobachter – so das neue Einreiseverbot für britische Berichterstatter – angenommen hat, wurde den Maltesern jetzt von Mintoffs libyschem Freund und Helfer *Muamar al-Gaddafi* bei seinem Juli-Besuch angekündigt, was ihnen 1979 nach dem Abzug der letzten englischen Truppen aus der einstigen Kronkolonie bevorstehen wird: *Einbeziehung in das radikale arabische Vorfeld des Ostblocks*, Übernahme der Verteidigung der Inselgruppe durch die libysche „*Dschamhuria*“ und Ausbildung der maltesischen Polizisten und Soldaten in Libyen mit sowjetischen und tschechischen Waffen, womit natürlich auch eine entsprechende politische und ideologische Umschulung verbunden sein wird.

Mintoff hatte zwar ursprünglich auch Frankreich, Italien und Algerien um Übernahme von Schutzfunktionen auf Malta nach dessen Räumung durch die Engländer ersucht, sich dann aber Paris und Rom gegenüber genauso verhalten, wie er es in seiner Wirtschafts- und Investitionspolitik schon längst zu tun pflegte: Angebote westlicher Fir-

mengruppen ziemlich grundlos zurückzuweisen, um dann auf seinen Parteiveranstaltungen vor den maltesischen Arbeitslosen über den „schnöden Westen“ zu schimpfen und die Projekte Konzernen aus dem Comecon und Volkschina zuzuschanden.

Beginnender Kulturkampf

Gaddafis und Mintoffs Anschlußpläne für Malta an das „Gemeinsame arabische Vaterland“ beinhalten auch eine systematische Zerstörung der auf den Inseln fast ein Jahrtausend gestaltenden christlichen Kultur. Als „geistige Versklavung und Gewissensterror“ hat der libysche Führer die Rolle der katholischen Kirche, des Malteserordens und ihre kulturellen Leistungen auf Malta hingestellt. Kein Wunder, daß in La Valletta *eine Art Kulturkampf* begonnen hat, der frappierend an das Vorgehen der kommunistischen Machthaber in Osteuropa nach ihrer Machtergreifung gegen den Katholizismus erinnert.

Bisher hatte die katholische Kirche seit ihrer lang zurückliegenden Auseinandersetzung mit der Liberalen Partei der damaligen britischen Kronkolonie und heute selbständigen Inselrepublik unantastbar über der Tagespolitik gestanden. Das änderte sich auch nach den Wahlen von 1971 nicht, die anstelle der bis dahin regierenden Nationalistischen Partei von *Fenech Adami* die sozialistische „Malta Labour Party – Partit Laburista“ *Dom Mintoffs* an die Macht brachten. Die neue Linksregierung gab sich der Kirche gegenüber einen zunächst wohlwol-

lenden Anstrich, dem es Mintoff mitzuverdanken hatte, daß seine Partei 1976 erneut mit einer absoluten Parlamentsmehrheit ausgestattet wurde. Zwei Jahre später ist jedoch in Malta ein scharfer Kampf der Sozialisten gegen die katholische Kirche im Gange. Seine Hintergründe sind mehrdeutig: Während in Oppositionskreisen und auch von konservativen Klerikern und Laien behauptet wird, die „Laburisten“ hätten einfach ihre scheinheilige Maske fallen lassen, wollen andere Beobachter in dem maltesischen Kirchenkampf eine direkte Einflußnahme Libyens und seiner aggressiven islamischen Expansionspolitik sehen. Hauptsächlich dürfte es sich jedoch um ein Krisenphänomen handeln: In Malta wirft der bevorstehende Abzug der Engländer schon heute schwere Schatten voraus. Die sozialistische Wirtschaftspolitik der Regierung Mintoff zeigt sich immer weniger imstande, den erhofften Ausgleich der mit dem britischen Exodus verbundenen finanziellen Einbußen (14 Millionen maltesische Pfund an Stützpunktmieten sowie weitere 16 Millionen jährlich an indirekten Einkünften Maltas aus der Präsenz der Engländer) zu bewerkstelligen. Von allen Seiten wird Kritik an Dom Mintoff laut, der nun eben zum Ablenkungsmanöver Kirchenkampf seine Zuflucht genommen hat.

Die Universitätsfrage

Daß die antiklerikale Politik der maltesischen Sozialisten nicht von langer Hand vorbereitet wurde, sondern fast über Nacht in diesem Frühjahr zum Tragen kam, zeigt die Entwicklung des Hauptstreitpunktes, der *Universitätsfrage*.

Die Universität in Msida, seit eh und je ein Stolz Maltas, wurde 1769 noch unter der Herrschaft des Johanniterordens gegründet und blieb bis zu deren Aufhebung der Gesellschaft Jesu anvertraut. Auch als aus ihr unter englischer Herrschaft „The Royal University of Malta“ geworden war, blieb der Einfluß der wiedererstandenen Jesuiten zunächst ungebrochen. Kein Wunder angesichts der Tatsache, daß

sich so gut wie das gesamte kulturelle und geistige Leben der Malteser, ungeachtet ihrer sprachlichen Zugehörigkeit zu den Arabern und ihrer neueren Verwaltung durch die Briten, weiter im kirchlichen Bereich abspielte und entfaltete; die Erneuerung der modernen maltesischen Sprache und Literatur nahm von dem Priesterdichter Dun Karm ihren Ausgang.

1947 hatte die Universität von Malta volle Autonomie erhalten, die 1974 vom ersten sozialistischen Bildungsgesetz nur geringfügig eingeschränkt wurde. Vor allem blieb die *Theologische Fakultät* in ihrer traditionellen Gestalt erhalten. Das Professorenkollegium versuchte hingegen von sich aus, dem neuen pro-libyschen Geist auf Malta, dem einstigen südlichsten Vorposten des christlichen Abendlandes, durch Einführung der Fächer „Ökumenische Theologie“ und Islamkunde Rechnung zu tragen.

In ihrem Wahlprogramm von 1976 hatte die Malta Labour Party eine *Hochschulreform* mit zwei Grundgedanken in Aussicht gestellt: Eingliederung aller Hörer als „Arbeiterstudenten“ in den Produktionsprozeß und Gründung einer zweiten „neuen“ anstelle eines Ausbaus der „alten“ Universität. Weitere Details wurden von Dom Mintoff gelegentlich bei Parteiversammlungen als eine Art „Geistesblitz“ vorgetragen, wie etwa sein Aufbegehren gegen die Tatsache, daß der Rektor ein größeres Monatsgehalt als der Staatspräsident bezog. Von Kirchenfeindlichkeit jedoch war zunächst keine Rede, so daß die Kritik an den Universitätsplänen der Linksregierung zunächst ausschließlich von liberalen Oppositionskreisen ausging. Und als Dom Mintoff am 17. Oktober 1977 alle Universitätsprofessoren zu einer Aussprache über das geplante Hochschulgesetz in seine Residenz einlud, horchte noch niemand auf, als er so ganz nebenbei und beiläufig davon sprach, daß „Sektierertum“ an der neuen Universität keinen Platz mehr finden werde. Deutlicher wurde der Ministerpräsident wenig später vor einer Studentendelegation, von der er bezweifelte, ob Theologen als „Arbeiterstudenten“ eingesetzt werden könnten.

Daraufhin wurde die Theologische Fakultät langsam hellhörig und leitete dem Unterrichtsministerium einen detaillierten Vorschlag zu, wie ihre Hörer zwar nicht in der Staatsindustrie oder als öffentliche Bedienstete, sehr wohl jedoch in kirchlichen Aufgaben produktive „Arbeiterstudenten“ sein könnten.

Die Fakultät wurde keiner Antwort gewürdigt. Zu dieser Zeit versuchte sich die Regierung Mintoff schon in Verhandlungen mit dem Vatikan davor zu drücken, die Kosten der Theologischen Fakultät nach der Hochschulreform weiter aus staatlichen Mitteln tragen zu müssen. In einem Briefwechsel zwischen Maltas Botschafter beim Heiligen Stuhl, *Farrugia*, und Kardinal-Staatssekretär *Jean Villot* unterstrich letzterer jedoch die Wichtigkeit, die Rom dem Fortbestand der Theologischen Fakultät im Rahmen der künftigen staatlichen Universität von Malta beimesse. (Schreiben vom 30. November 1977.) Und noch am 12. Januar 1978 unterbreitete die maltesische Regierung einen durchaus diskutabel gehaltenen Gegenvorschlag, in dem sie die Zusammenlegung der Theologischen Fakultät mit der gemeinsamen Theologischen Hochschule der Ordensgemeinschaften von Malta (INSERM) anregten. Bis dahin war das Vorgehen der maltesischen Sozialisten von finanziellen und nicht kirchenkämpferischen Gesichtspunkten bestimmt, das Bemühen um eine Lösung im Einvernehmen mit dem Episkopat von Malta und dem Heiligen Stuhl zu erkennen.

Mintoffs Alleingang

Am 6. Februar 1978, noch ehe eine Antwort vom Vatikan auf die letzten maltesischen Vorschläge eingetroffen war, eröffnete eine Regierungsabordnung dem Akademischen Senat bei einem Treffen in Lascaris an der Bannmeile von La Valletta die regelrechte *Liquidierung der Theologischen Fakultät*. Diese sollte im Rahmen der sogenannten „alten Universität“ lediglich auf dem Papier erhalten bleiben und den Absolventen der Ordenslehranstalt INSERM ihre akademischen

Diplome ausstellen. Die Mitteilung erfolgte diesmal in Form eines Ultimatums, einer fest beschlossenen Tatsache und war unmittelbarer Anlaß zur Demission des profilierten Professors *P. Serracino-Inglott*.

Gleichzeitig wurden in Widerspruch zu der in Malta herrschenden Befreiung von Studiengebühren aller Art den Theologen für das Sommersemester 1978 hohe Kolleggelder, Inskriptionsgebühren und Prüfungstaxen aufdiktiert.

Bald darauf wurde von der Regierung ein „Weißbuch zur Hochschulreform“ vorgelegt, das die maltesischen Katholiken völlig vor den Kopf stieß. In einer Erklärung der einflußreichen Priester-Kongregation „Christus Rex“ schrieben die Theologen *Gian Caruana* und *Anton Cassar*: „Die Erziehung in ihrer Gesamtheit ist für den Christen ein Wert von unmittelbarem Interesse. Das Weißbuch muß daher ebenfalls in seiner Gesamtheit betrachtet und im Lichte des christlichen Glaubens beurteilt werden. Unter diesem Aspekt ist es das ausschlaggebende Kriterium für jede Reform des Erziehungs- und Bildungswesens, ob sie zur Formung einer freien, reifen und sozial verantwortlichen Persönlichkeit beiträgt.

Bei uns hat das Weißbuch jedoch eine gewisse Furcht hervorgerufen, daß die Macht des Staates auf dem Gebiet der Universitätsverwaltung, der Auswahl der Studenten und der Professoren zunehmen wird. In seinem letzten Abschnitt ist zu lesen, daß die Förderung der kulturellen Aktivitäten eine andere Aufgabe sein wird, die von der Regierung unabhängig von der Hochschulreform im Interesse der geistigen Entwicklung des maltesischen Volkes in Angriff genommen wird. Unsere Republik hat erst die Fundamente einer Kultur zu legen, an der die Öffentlichkeit zur Gänze teilnehmen und ihre Früchte genießen kann. Demgegenüber müssen wir feststellen, daß das maltesische Volk mit seiner alten Tradition und Zivilisation, die es durch die Jahrhunderte geprägt haben, seine kulturellen Fundamente längst gelegt hat und daß es nur das Volk allein sein kann, das die Akzente seiner eigenen Kultur verschiebt.“

Daß diese Befürchtungen der Kongregation „Christus Rex“ hinsichtlich eines über die Universitätsfrage weit hinausgehenden allgemeinen Kulturkampfes nicht aus der Luft gegriffen waren, zeigte dann Ministerpräsident Mintoffs persönliche Entgegnung auf die „Erklärung“ vor dem Parlament in La Valletta. Er sagte während der Parlamentsdebatte zum Hochschulreformgesetz wörtlich: „Es gibt viel wichtigere Dinge, denen ‚Christus Rex‘ seine Aufmerksamkeit zuwenden sollte. Ich hasse es, solche Sachen zu erwähnen, aber ihr Verhalten läßt mir keine andere Wahl: Ich meine den Skandal um die hohen Stipendiumsummen für Seelenmessen, die in Wirklichkeit für ganz andere Dinge verwendet werden.

Stolgebühren dürfen nur für liturgische Zwecke verwendet werden. Alles andere ist Betrug, und der Regierung wird es daran gelegen sein müssen, dafür zu sorgen, daß es nicht so weitergeht. Ich gebe der Christus-Rex-Kongregation daher den guten Rat, zunächst vor ihrer eigenen Tür zu kehren.“

Auf diese Androhung einer staatlichen Kontrolle der kirchlichen Finanzen folgten am 26. Juni in der Debatte zur zweiten Lesung des Hochschulreformgesetzes noch viel heftigere kirchenfeindliche Auslassungen des maltesischen Regierungschefs: „Wenn es eine menschliche Gestalt gibt, die ich aufrichtig verehere – nicht aus Furcht vor der Hölle, sondern aus Respekt vor dieser gewaltigen historischen Persönlichkeit –, so ist das Christus. Ich bewundere sein Beispiel und seine Lehre. Doch was haben Christi Jünger in all diesen Jahrhunderten getan? Haben sie uns hier auf Malta irgendeinen geistigen Fortschritt gebracht? Was sie uns aufluden, waren Furcht, Obskurantismus und Heuchelei. Natürlich hat es auch gute kirchliche Persönlichkeiten gegeben. Da sei Gott vor, daß Malta keine solchen Männer hervorgebracht hätte. Doch ist der Klerus so nachlässig geworden, daß die Glaubensverkündigung weitgehend von einer Laienvereinigung übernommen wurde. Viele werden nicht deshalb Priester, um Christus nachzufolgen,

sondern damit sie Geld scheffeln können. Und dementsprechend sieht ihre ‚christliche Gesellschaftsordnung‘ aus!“

Der *Verabschiedung des Hochschulgesetzes* und damit der Liquidierung der Theologischen Fakultät mit den Stimmen der 33 sozialistischen Abgeordneten gegen die der 29 oppositionellen Abgeordneten ließen Ende Juni Erzbischof *Josef Mercieca* von Malta und sein Suffraganbischof für die Insel Gozo, *Nicola Cauchi*, einen gemeinsamen Hirtenbrief folgen, in dem sie die Malteser zur Eintracht, Treue zum katholischen Erbe und Wachsamkeit vor destruktiven Tendenzen und Elementen aufrufen, ohne das Regime Mintoff direkt beim Namen zu nennen.

Weitere Verschärfung im Juli

Vielen katholischen Aktivisten erschienen das viel zu wenig eindeutige und energische Worte. Sie trugen jedoch der Tatsache Rechnung, daß das letzte Wort zwischen Malta und Rom noch immer nicht gesprochen schien. Gleichzeitig mit dem Hirtenbrief traf nämlich auf dem Flughafen Luqa Kardinal *Oddi* mit einer vom venezianischen Patriarchen Luciani gestifteten Johannes-Reliquie ein, um an den 300-Jahr-Feiern der historischen Xewkija-Kirche auf Gozo teilzunehmen. Er wurde überraschend von Mintoffs Vatikan-Botschafter Farrugia empfangen, der sich inzwischen zu einem der Hauptwortführer des Kulturkampfes entwickelt hatte. Die Aussprache verlief jedoch ergebnislos: Der Kardinal scheint den maltesischen Katholiken grünes Licht für ein schärferes Auftreten gegen die Herausforderung durch Mintoff gegeben zu haben.

Der Theologie-Professor *Guze Aquilina* veröffentlichte in der unabhängigen „Sunday Times of Malta“ vom 2. Juli 1978 einen unmißverständlichen Kommentar zu dem Hirtenbrief des maltesischen Episkopats, der in der Feststellung gipfelte: „Es kommt immer ein Punkt, an dem klare Positionen bezogen werden müssen, und

nachdem unsere Position die der gerechten Sache ist, müssen wir unser Vertrauen in Gott und den guten Willen des katholischen Volkes von Malta setzen, dem das religiöse und menschliche Recht zusteht, den von ihm bekannten Glauben zu bekennen, auszuüben und zu schützen.“

Die prompte Reaktion war eine *Unterschriftensammlung der katholischen Studenten von Malta*, die in fünf Tagen die Zustimmung von 34344 Stimmbürgern (etwa ein Fünftel der Gesamtzahl) für eine Volksab-

stimmung über den Fortbestand der Theologischen Fakultät von Msida sammeln konnten. Die Regierung hat dieses Volksbegehren zwar schon unter Hinweis auf ihre parlamentarische Mehrheit abgelehnt, doch wurde die Petition von dem konservativen Oppositionsführer *Fenech Adami* aufgegriffen.

Inzwischen ist von dem Laburistenabgeordneten *M. Zammit* eine Kampagne gegen Schulgebet und Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen von Malta eingeleitet worden,

die schon zu heftigen Reaktionen aus der katholischen Elternschaft geführt hat. Ebenso hat Kardinal Florit, der als zweiter vatikanischer Emissär den Anlaß der St.-Georgs-Feiern vom 13. bis 16. Juli für eine neue Sondierungs- bzw. Vermittlungsmission auf Malta benützen wollte, dort so gut wie keine Gelegenheit zu Kontakten mit der Regierung mehr erhalten. Dom Mintoff ließ Florit wissen, daß er „mit Vorbereitungen auf den Abzug der Engländer bis 31. März 1979 völlig ausgelastet sei und keine Zeit für Bagatellen habe“.

H. G.

Politische Entwicklungen

Neues Eherecht in Österreich

Ein Gesetz mit schmerzlichen Signalwirkungen

Gegen den Widerstand und Widerspruch der Kirche hat das österreichische Parlament im Juni ein neues Eherecht angenommen, das mit 1. Juli dieses Jahres in Kraft trat. Die Eherechtsreform in Österreich ist von allen drei im Parlament vertretenen Parteien gemeinsam erarbeitet worden. Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) hat sich aber nicht bereit erklärt, der von der Sozialistischen Partei (SPÖ) vorgeschlagenen und von der Freiheitlichen Partei (FPÖ) unterstützten „Scheidungsautomatik“ nach sechsjähriger Trennung zuzustimmen. So kam es im Nationalrat zu einer gesonderten Abstimmung über diesen Passus, wobei die ÖVP gegenüber den Stimmen der SPÖ und FPÖ unterlag. Dagegen erhob die Volkspartei im Bundesrat, der Länderkammer des österreichischen Parlaments, Einspruch, da sie dort über die Mehrheit verfügt. Der Nationalrat faßte jedoch am 30. Juni einen Beharrungsbeschluß, so daß das Gesetzeswerk einen Tag später wirksam wurde.

Prinzip der Dauerhaftigkeit in Frage gestellt

Am Tag der neuerlichen Abstimmung im Nationalrat hatte der Wiener Erzbischof Kardinal *Franz König* die wiederholt vorgebrachten Bedenken und Einwände der Kirche im Fernsehen noch einmal zusammengefaßt. Der Kardinal betonte, daß es im neuen Ehe- und Familienrecht

eine ganze Reihe von Bestimmungen gebe, die – wie er wörtlich formulierte – „unsere ungeteilte Zustimmung finden“. Auch die Kirche glaube, daß „der Gedanke der Partnerschaft und der Gleichberechtigung der Frau durch das Gesetz gestärkt und verwirklicht werden soll. Eine Ehe, in der der Mann diktiert und die Frau sich unterwirft, kann auch für den Christen keine erfüllte Ehe sein.“ Andererseits müsse ein Kernstück der Reform, das neue Scheidungsrecht, auf die Ablehnung der Kirche treffen, weil es den katholischen Vorstellungen vom Wert und Sinn der Ehe widerspreche. Ein Grundwert der Ehe sei ihre *Dauerhaftigkeit*, die jedoch durch die neuen Bestimmungen untergraben werde. Ehen auf Abruf seien keine Basis für eine dauerhafte Gemeinschaft zwischen Mann und Frau. Gewiß könne kein Gesetz der Welt eine gescheiterte Ehe reparieren. Aber das neue Scheidungsrecht erleichtere die Ehescheidung in einem Ausmaß, das nicht nur die Besorgnis der Katholiken, sondern jedes Bürgers erregen müsse, der mit den Schäden gesellschaftlicher Fehlentwicklungen vertraut sei.

Das neue Ehegesetz in Österreich umfaßt drei Abschnitte: das Erbrecht des hinterbliebenen Ehegatten, das eheliche Güterrecht und das Scheidungsrecht. Gerade dieser Teil des neuen Ehegesetzes ist durch die Überlegungen in der Bundesrepublik zur Reform des Ehe- und Familienrechtes nachhaltig beeinflusst worden.

Durch das *neue Erbrecht* wird die sogenannte *Erbquote des Hinterbliebenen* bei Fehlen eines Testaments von bis-